

Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte

—61 Mischa Gabowitsch *Gewaltfreier Widerstand. Vergleichende Betrachtungen zu Dynamik und Erfolgsbedingungen* —68 Mischa Gabowitsch *Gewalt und Gewaltfreiheit in der Bewegung für faire Wahlen in Russland* —75 Ramin Jahanbegloo *Die Grüne Bewegung und der gewaltfreie Kampf im Iran* —80 Véronique Dudouet *Die Erste palästinensische Intifada (1987–91). Ein erfolgreiches Beispiel gewaltfreien Widerstands?* —87 *Nonviolent Resistance. Tagungsbericht*

Mischa Gabowitsch *Gewaltfreier Widerstand. Vergleichende Betrachtungen zu Dynamik und Erfolgsbedingungen*

Die populäre Literatur zu gewaltfreiem Widerstand¹ besteht zu einem großen Teil aus Erfahrungsberichten und Handlungsanleitungen wie denen von Gene Sharp und seiner *Albert Einstein Institution*, dem *International Center on Nonviolent Conflict* in Washington, DC oder dem Belgrader *Centre for Nonviolent Action and Strategies*.² Es handelt sich dabei vor allem um strategische Anleitungen oder Methodenkompendien, die für oder aus der Perspektive von Aktivist*innen formuliert werden. Ihre Analyse bewegt sich zumeist auf der Handlungsebene, weshalb einzelne Formen gewaltfreier Aktion kategorisiert und auf ihre

1 Im Deutschen hat sich dieser Begriff eingebürgert, um die Konnotation von Passivität und Spontaneität von Termini wie »Gewaltlosigkeit« zu vermeiden; zuweilen ist aber auch von »zivilem Ungehorsam« oder »sozialer Verteidigung« die Rede. Im Englischen konkurrieren aus demselben Grund u. a. die Begriffe »civil disobedience«, »nonviolent resistance«, »civil resistance«, »civillian-based defence« und (angelehnt an die philippinische Revolution von 1986) »people power« miteinander. Die besten neueren Einführungen und Überblicksdarstellungen zum Thema und zu den Begriffen sind auf Deutsch Reiner Steinweg/Ulrike Laubenthal (Hrsg.), *Gewaltfreie Aktion. Erfahrungen und Analysen*, Frankfurt am Main 2011 (s. auch die erweiterte Bibliographie unter www.aspr.ac.at/sak2011/Steinweg_Bibliografie_SAK_Workshop2.pdf) und auf Englisch: April Carter, *People power and political change: key issues and concepts*, London 2012. 2 Zum Beispiel Gene Sharp, *From dictatorship to democracy*. 4. Auflage, Boston 2010; ders., *Sharp's dictionary of power and struggle. Language of civil resistance in conflicts*, Oxford 2012; Srdja Popović, Andrej Milivojević, Slobodan Djinović, *Nonviolent struggle: 50 crucial points. A strategic approach to everyday tactics*, Belgrad 2006; dies. u. a., *Canvas core curriculum: a guide to effective nonviolent struggle*, Belgrad 2007.

Effektivität hin befragt werden. Ein großer Vorteil dieser Vorgehensweise ist die leichte internationale Übertragbarkeit. Streiks, Sitzblockaden, Boykotte, Befehlsverweigerung, öffentliche Trauerzüge und andere gewaltfreie Widerstandspraktiken sind in ihrer Ähnlichkeit über Zeit- und Ortsgrenzen hinweg fassbar und können daher als nützliche Ansatzpunkte für den Vergleich dienen. Gemeinsamer Nenner ist Gene Sharps Theorie der Gewalt als ein den Beherrschten, nicht den Herrschenden eigenes Gut, das den vermeintlichen Machthabern daher durch einfache Verweigerung entzogen werden kann.³

Dennoch hat sich die sozialwissenschaftliche Literatur zu gewaltfreien Aufständen in den letzten Jahren auf die komparative Betrachtung gesamter Bewegungen verlegt, die in ihren jeweiligen gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet und nach verschiedenen Parametern befragt werden.⁴ Dabei mag es um die Rolle der Streitkräfte oder religiöser Institutionen gehen – oder um die Frage, ob eine gewaltfreie Revolution nationalistisch beziehungsweise religiös-fundamentalistisch inspiriert sein kann. Die Vergleichbarkeit ist dabei weniger unmittelbar gegeben, da die jeweiligen Umstände sich nicht auf einfache Variablen reduzieren lassen. Trotzdem ist eine solche Analyse potentiell fruchtbarer, da ihr ein komplexeres historisches Verständnis der jeweiligen nationalen Fälle zugrunde liegt.

Das Verfahren, den gesamten Verlauf einer gewaltfreien Bewegung inklusive der staatlichen Reaktionen darauf und der weiteren Dynamik zwischen Protestierenden und Regime nachzuzeichnen, also die Bewegung als einen komplexen Prozess darzustellen, ergänzt Modelle, die politischen Wandel – darunter gewaltfreie Bewegungen – entweder durch Ideologie oder durch abstrakte Verhaltenskonstanten erklären. Die Verbreitung demokratischer Ideen etwa ist kein hinreichender Auslöser einer gewaltfreien Volksbewegung. Makrosoziale Faktoren, die in jüngster Zeit etwa zur Erklärung des »Arabischen Frühlings« bemüht wurden, sind es ebenso wenig: Weder das Vorhandensein einer Mittelklasse noch die Arbeitslosenzahl oder der als »youth bulge« bekannte Überschuss jugendlicher Kohorten ermöglichen es, den Beginn und Verlauf einer gewaltfreien Revolution vorauszusagen. Natürlich besitzen solche Faktoren eine große Bedeutung sowohl als Hintergrundbedingungen als auch für die Möglichkeiten gesellschaftlicher Entwicklung nach einer Revolution; für die Bewegung selbst jedoch – darunter die Frage der Gewaltfreiheit – besitzen sie kaum Aussagekraft.

Solche Überlegungen sind einer der Gründe dafür, dass das Thema Gewaltfreiheit in der gesellschaftswissenschaftlichen Literatur zu sozialen Bewe-

3 Ausführlich formuliert in Gene Sharp, *The politics of nonviolent action*, Boston 1973.

4 Siehe neben zahlreichen Einzelstudien z.B. Kurt Schock, *Unarmed insurrections: people power movements in nondemocracies*, Minneapolis/London 2005; Adam Roberts/Timothy Garton Ash (Hrsg.), *Civil resistance & power politics. The experience of non-violent action from Gandhi to the present*, Oxford 2011; Sharon Erickson Nepstad, *Nonviolent revolutions. Civil resistance in the late 20th century*, Oxford 2011; Erica Chenoweth/Maria J. Stephan, *Why civil resistance works. The strategic logic of nonviolent conflict*, New York 2011.

5 Für die einflussreiche »contentious politics«-Schule lieferte Charles Tilly eine Analyse von kollektiver Gewalt und Gewaltfreiheit: *The politics of collective violence*, Cambridge 2003.

gungen insgesamt ein wenig stiefmütterlich behandelt wird: Gewaltfreiheit an sich erscheint nur selten als Alleinstellungsmerkmal eines bestimmten Falls »streitbarer Politik«, schon weil gewaltfreie und andere Methoden des Protests oft gleichzeitig angewandt werden und Gewaltfreiheit der Protestierenden nicht zwingend Gewaltfreiheit staatlicher Reaktionen bedingt.⁵

In der vorliegenden Beilage sind alle erwähnten Erklärungsansätze in der einen oder anderen Gestalt vertreten. Ramin Jahanbegloo weist in seinem Beitrag auf den Wandel im Verständnis von Demokratie und Souveränität hin, der sich zwischen 1979 und 2009 im Iran vollzog und durch die Grüne Bewegung bestärkt wurde. Zugleich setzt er diese Veränderungen in Beziehung zur demografischen Entwicklung. Mein eigener Artikel situiert die aktuelle Bewegung für faire Wahlen in Russland in einem Spannungsfeld zwischen einer Tradition gewaltfreien Widerstands und legalistischer Kritik einerseits und den vielfältigen in der Gesellschaft präsenten Gewaltkulturen andererseits. Trotzdem ist bei allen drei Autoren eine prozessorientierte Analyse ausschlaggebend für ihr Verständnis von Verlauf und Erfolg der jeweiligen Bewegungen. Dies wird vor allem in Véronique Dudouets Untersuchung der ersten palästinensischen Intifada deutlich, die aufzeigt, wie die Erfahrung des gewaltfreien Kampfs die Aktivisten veränderte. Sie half zunächst, gesellschaftliche Spaltungen zu überwinden, führte aber schließlich aufgrund einer Eskalationsspirale zu Gewalt und der Herausbildung neuer Trennlinien.

Angesichts der unterschiedlichen Perspektiven auf gewaltfreie Bewegungen ist die in der vorliegenden Beilage präsentierte Auswahl an Fällen besonders aufschlussreich, handelt es sich doch um Bewegungen, die zwar an größere internationale »Wellen« angelehnt sind, freilich offenkundig als Einzelfälle dastehen. Der palästinensische Widerstand gegen die israelische Besatzung wird zuweilen mit anderen Konfliktlagen im Zuge von Siedlerkolonialismus verglichen⁶ und ist natürlich im breiteren Kontext des Nahostkonflikts verwurzelt; auch wurden palästinensische Aktivisten, wie viele andere vor ihnen, von Theoretikern wie Gandhi beeinflusst. Trotzdem ist dieser Fall zweifelsohne anders gelagert als Antikolonialaufstände in anderen Ländern. Die Grüne Bewegung im Iran und die aktuelle Bewegung für faire Wahlen in Russland können als Abarten der elektoralen oder »bunten« Revolutionen gesehen werden, die zuvor schon in Serbien (2000), Georgien (2003), der Ukraine (2004) und Kirgistan (2005) zu Regimewechseln führten, in Aserbaidschan (2005) oder Weißrussland (2006) allerdings scheiterten. Doch sind die Bewegungen im Iran und in Russland nicht in relevantem Ausmaß von den genannten Vorläufern beeinflusst; zudem schafft der Status beider Länder als Regionalmächte mit einem schwierigen Verhältnis zu den USA eine besondere Dynamik, die es zum Beispiel schwierig macht, demokratische und nationalistische Forderungen mit einem prowestlichen Programm zu verbinden, wie dies etwa in der Ukraine oder Georgien der Fall war.

6 Zum Beispiel Stephen Zunes, »Why the U.S. supports Israel«, *Foreign Policy in Focus*, Mai 2002.

Erfolg und Scheitern gewaltfreier Revolutionen

In der sozialwissenschaftlichen Literatur zu gewaltfreiem Widerstand werden meist solche Fälle behandelt, die eindeutig in Regimewechsel oder Niederschlagung mündeten. Diese Blickverengung ist verständlich, denn sie gestattet die Identifikation ausschlaggebender Erfolgsfaktoren. Freilich ist der Erfolg oder Misserfolg einer Bewegung nicht immer eindeutig zu bestimmen. Verschiedene Teilnehmer und Beobachter werden die Zielsetzung einer Bewegung unterschiedlich definieren, zudem unterliegen alle Einschätzungen dem Wandel der Zeit. Selbst als klassische Erfolgsfälle geltende gewaltfreie Revolutionen – etwa die indische Antikolonialbewegung, die People-Power-Revolution auf den Philippinen, der Herbst 1989 in der DDR oder der Sturz von Slobodan Milošević in Serbien – können ihren Akteuren im Rückblick als Teilerfolge oder gar Enttäuschungen erscheinen, wenn der anschließende Gesellschaftswandel oder ihre eigene Stellung nicht ihren Erwartungen entspricht. Im Gegenzug können sogar gescheiterte gewaltfreie Aufstände im Nachhinein als Auslöser positiver Entwicklungen erscheinen, wenn sie etwa zum Startpunkt politischer oder gesellschaftlicher Reformen werden, ohne dass ein formaler Machtwechsel stattfindet. Klassisches Beispiel dafür war die Demokratiebewegung von 1987 in Südkorea, die zwar den Wahlsieg des Regimekandidaten für das Präsidialamt, Roh Tae Woo, nicht verhinderte, den neu gewählten Präsidenten aber zu einer weitreichenden Demokratisierung zwang. Ein umstrittenerer, in seinen Konsequenzen allerdings bedeutsamerer Fall ist der der chinesischen Demokratiebewegung von 1989, die blutig niedergeschlagen wurde, doch in den Augen einiger Beobachter in den nachfolgenden Jahren den Ansporn zu einer behutsamen Modernisierung durch die Kommunistische Partei gab.⁷

Die drei hier geschilderten Bewegungen sind genau deshalb interessant, weil sie trotz einer Aura der Erfolglosigkeit nicht als eindeutige Niederlagen gewertet werden können. Die erste palästinensische Intifada wurde zwar niedergeschlagen, nachdem sich viele ihrer Akteure in der Endphase immer weiter hin zu einem bewaffneten Kampf bewegt hatten. Doch konnte sie der palästinensischen Unabhängigkeitsbewegung, wie Véronique Dudouet in ihrem Beitrag schildert, ein neues Selbstvertrauen und ein gewisses Maß an internationaler Anerkennung verschaffen. Mittelfristig mündete die Intifada in den Osloer Friedensprozess und langfristig in eine immer breiter verwurzelte Festlegung auf gewaltfreie Mittel des Widerstands. Auch die Grüne Bewegung von 2009 im Iran vermochte es nicht, repressive Maßnahmen seitens des Regimes und seiner Bassidsch-Milizen zu überwinden, doch trug sie zur Konsolidierung eines oppositionellen Milieus bei, das seine Entschlossenheit zu weiteren Protesten in den gewaltfreien Massenkundgebungen von 2011 im Anschluss an den Arabischen Frühling unter Beweis stellte. In Russland hat die im Dezember 2011 einsetzende Bewegung zwar ihre offiziell deklarierten Ziele (allen voran Neuwahlen) noch nicht erreicht, doch entstand auch hier aus vormalis

7 Zum Beispiel David Shambaugh, *China's Communist Party: atrophy and adaptation*, Berkeley 2008.

isolierten Individuen eine landesweite oppositionelle Koalition, die die politische Kultur radikal veränderte, die Hauptstadt in eine Oppositionshochburg verwandelte und Polizei, Gerichte und andere korrupte Staatsdiener weiter unter Druck setzt.

Gleichzeitig machen die drei geschilderten Fälle ein weiteres Mal deutlich, was vergleichende Analysen bereits überzeugend belegt haben. Trotz aller lokalen Besonderheiten gibt ein Faktor zumeist den Ausschlag dafür, ob eine gewaltfreie Revolution Erfolg hat oder nicht: ob es ihr nämlich gelingt, die im Dienst des Regimes stehenden Bewaffneten – Armee, Polizei und paramilitärische Milizen – auf ihre Seite zu ziehen oder zumindest – wie jüngst in Tunesien – zu einer neutralen Haltung zu bewegen.⁸ Die jeweils relevanten Institutionen sind von Fall zu Fall unterschiedlich: Handelt es sich im Fall Palästina/Israel um die Besatzungssoldaten, also die reguläre Armee, so spielt im Iran die zahlenmäßig größere Bassidsch-Miliz eine Schlüsselrolle. In Russland wiederum geht es trotz der etwa Millionen Menschen, die unter anderem als Soldaten oder Polizisten den diversen »Gewaltministerien«, also vor allem Polizei, Armee und Geheimdiensten, untergeordnet sind, in erster Linie um die OMON-Bereitschaftspolizei sowie eine Reihe von Spezialeinheiten. In allen drei Fällen wird deutlich, dass die Demonstranten kaum wirklich systematische Bemühungen unternommen haben, um den ihnen jeweils bewaffnet Gegenüberstehenden mit Überzeugung statt Konfrontation zu begegnen. Gerade der palästinensische Fall bezeugt, dass die Aktivisten dieser Aufgabe nach dem Scheitern der ersten Protestwelle größere Aufmerksamkeit zukommen lassen.

Gewaltinstitutionen und soziale Distanz

Sich des Problems meist wohl bewusst, setzen autoritäre Regime bevorzugt Bewaffnete ein, deren sozialer Distanz gegenüber den Demonstranten sie sich sicher sein können. Unterscheiden sich Milizen, Bereitschaftspolizei und Armee nach Herkunft, Sprache, Lebenserfahrung, Weltbild und Bildungsgrad von den Protestierenden, erscheinen sie Letzteren eher als Feinde denn als Brüder und Mitbürger. Sie werden folglich mit größerer Wahrscheinlichkeit geschmäht als kooptiert. Im Gegenzug sind auch die Polizisten eher bereit, die ihnen Fremden als Objekt der Befehlsausführung, gar als Staats- und Volksfeinde anzusehen und Gewalt gegen sie anzuwenden. In einem oft zitierten Streitgespräch aus dem Jahr 1989 soll der chinesische Parteichef Deng Xiaoping zum Reformler Zhao Ziyang gesagt haben: »Hinter mir steht die Armee.« Zhao erwiderte: »Und hinter mir das Volk«, worauf er zur Antwort bekam: »Dann hast du nichts.«⁹

Armee-Einsätze sind nicht nur deshalb effektiv, weil die Streitkräfte über schlagende Argumente in Form von Panzern und anderem schweren Geschütz

⁸ Die systematischsten Erörterungen dazu finden sich in den bereits erwähnten Studien von Nepstad (qualitativ) und Chenoweth/Stephan (quantitativ).

⁹ Zur Rolle der chinesischen Armee bei der Niederschlagung der Proteste von 1989 s. Timothy Brook, *Quelling the people: the military suppression of the Beijing democracy movement*, Oxford 1992.

verfügen. Soldaten sind in aller Regel auch – anders als Polizisten – geographisch und durch ihr Training von der Gesamtbevölkerung abgeschottet. Zudem lässt sich die Armee – zumindest in einzelnen Spezialeinheiten – leichter aus bestimmten Volksschichten rekrutieren. Dieses Problem ist in seinem grundlegenden Stellenwert seit langem aus der strategischen Literatur und den Fürstenspiegeln bekannt. Die neuere Geschichte der Niederschlagung gewaltfreier Aufstände bietet zahlreiche Beispiele. Man denke an den Einsatz berittener Kosaken gegen meuternde Studenten in Moskau während der Revolution von 1905 oder an die des Mandarin-Chinesischen nicht mächtigen Soldaten aus der Inneren Mongolei, die im Juni 1989 Demonstranten in Peking niedermetzelten. Der Sozialneid von Provinzbewohnern auf die Bevölkerung wohlhabender Großstädte spielte in diesen und vielen anderen Fällen eine entscheidende Rolle. Auch in den drei hier besprochenen Fällen sind Spielarten des Prinzips der sozialen Distanz am Werk. Am offensichtlichsten ist dies im Fall Palästina, wo Besatzungssoldaten einer ihnen per definitionem und insbesondere sprachlich wie religiös fremden Bevölkerung gegenüberstehen und – anders als in klassischen Kolonialstaaten – Einheimische nicht direkt an der Niederschlagung des Protests beteiligt sind. Im Iran spielte die paramilitärische Bassidsch-Miliz, die Zehntausenden junger Männer und auch vielen Frauen eine ideologische Heimat und Aufstiegschancen bietet, eine Schlüsselrolle bei der Unterdrückung der Grünen Revolution. In Russland werden gegen Demonstranten jeglicher Art behelmte Bereitschaftspolizisten des OMON eingesetzt – der »Mobilen Einheit besonderer Bestimmung«, die, wie schon ihr Name sagt, zumeist nicht am Ort ihrer Stationierung eingesetzt werden, sondern zum Teil in Tausende Kilometer entfernten Landesteilen.

Klassische Imperien, in denen Ungleichheit strukturbildend ist, haben es relativ leicht, das Prinzip der sozialen Distanz zur Niederschlagung von Aufständischen einzusetzen. Die geographisch entwurzelten und zu einem eigenen sozialen Milieu gebildeten Janitscharen im Osmanischen Reich sind sicherlich der prägnanteste Beleg dafür. Homogen auftretende, insbesondere kleinere Nationalstaaten, zum Teil auch solche mit einem sozialistischen Gleichheitsanspruch, hingegen sind besonders anfällig für gewaltfreien Protest, da sich Armee und Polizei hier nur sehr bedingt gegen die eigene, friedlich demonstrierende Bevölkerung einsetzen lassen. Sicher ist dies ein Grund dafür, dass sich gewaltfreie Bewegungen im Zeitalter des Nationalstaats und der allgemeinen Wehrpflicht im Vergleich zu früheren Epochen häufen.

Gewaltgewöhnung und Gewaltfreiheit

Zum Abschluss sei eine der Fragen umrissen, die die hier vorgestellten Texte aufwerfen, ohne sie befriedigend beantworten zu können. Ein bislang kaum erforschtes Thema ist der Zusammenhang zwischen dem Niveau, der Distribution, den Ausformungen und der Akzeptanz von Gewalt in einer Gesellschaft einerseits und der Entstehung sowie den Erfolgsbedingungen gewaltfreier Protestbewegungen andererseits. Man denke nur an die bekanntes-

ten Geburtsstätten gewaltfreier Theorie und Praxis: Südafrika und Indien, Chile und Palästina, die Philippinen und die amerikanischen Südstaaten. In all diesen Gesellschaften gehörte Gewalt – wenn auch in sehr unterschiedlicher Ausformung – zum Alltag.

Auch in den drei hier besprochenen Fällen gibt es eine hohe Gewaltgewöhnung in der Gesellschaft. Ist Gewalttoleranz in Palästina vor allem auf den Dauerkonflikt mit der Besatzungsmacht Israel und innerhalb der Widerstandsbewegung zurückzuführen (ähnlich wie im Irak oder in Afghanistan wird die allgemeine Zahl der Gewalttoten vor allem durch direkte Auswirkungen der jeweiligen Konflikte in die Höhe getrieben), so war im Fall Iran die Erfahrung des Ersten Golfkriegs ausschlaggebend, in dem zum ersten Mal massenhaft die freiwilligen Bassidsch-Milizen eingesetzt wurden, die bei der Niederschlagung der Grünen Bewegung 2009 eine entscheidende Rolle spielten. In Russland wird die Akzeptanz von Gewalt zum einen durch den Dauerkonflikt im Nordkaukasus aufrechterhalten, zum anderen durch weitverbreiteten Alkoholkonsum sowie die enorme gesellschaftliche Rolle von Gewaltinstitutionen wie Straflagern und der Armee.

Es ist nicht verwunderlich, dass die brutale Unterdrückung einer friedlichen Protestbewegung durch den Staat in einer ansonsten eher friedfertigen Gesellschaft dem Protest gewöhnlich einen Zuwachs an Legitimität zuungunsten der politischen Machthaber verschafft. Doch stellt sich die Frage, warum der Verzicht auf politische Gewalt auch in gewaltgewohnten Gesellschaften einen Vorteil verschaffen kann und nicht in jedem Fall als naiv und ineffektiv belächelt wird.

Eine feinstufige Gliederung des Kontinuums von demokratischen hin zu autoritären Regime mag Aufschluss darüber geben. In den aufgezählten Fällen – allesamt autoritäre Gesellschaften, jedoch ohne totalitären ideologischen Anspruch – hatte sich bewaffneter Widerstand als unzureichend oder zwecklos erwiesen. Mit dem Verzicht auf Gewalt konnte man also ein Zeichen setzen und an bestehende ethische Grundsätze appellieren: ob an das Gleichberechtigungsprinzip, die christliche Moral oder den demokratischen Anspruch. In demokratischen und friedfertigen Gesellschaften hingegen kommt Gewaltfreiheit seltener zur Blüte: Wo legitime Institutionen demokratischer Entscheidungsfindung den Protest kanalisieren, findet irgendwann ein Votum statt, das ihm zum Sieg verhilft oder ihm das Wasser abgräbt; die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 mag als jüngstes Beispiel dienen. Totalitäre Regime mit intakter Ideologie hingegen können Protestierende ohne viel Getue niederknüppeln, einsperren und umbringen lassen. Gewaltfreiheit gedeiht offenbar in den Zwischenräumen: in autoritären Staaten, unter Kolonial- und Okkupationsregime – überall dort, wo Gewalt und Unterdrückung weit verbreitet sind, aber an einem Legitimitätsdefizit laborieren.

Mischa Gabowitsch *Gewalt und Gewaltfreiheit in der Bewegung für faire Wahlen in Russland**

Im Dezember 2011 gaben vielfach dokumentierte Verstöße bei der Wahl zu Russlands Staatsduma den Anstoß zu einer Protestbewegung für faire Wahlen und gegen Korruption. In über hundert Städten des In- und Auslands fanden wiederholt Aufmärsche statt; in Moskau versammelten sich mehrmals über hunderttausend Demonstranten. Seit der Perestroika waren nie so viele Menschen auf die Straßen gegangen, auch nicht während der Sozialproteste in den Jahren 2004 bis 2006. Neben klassischen Kundgebungen organisierten einige der – meist hochgebildeten – Teilnehmer ab Mai in einer Reihe von Städten ständige, am Occupy-Prinzip orientierte Protest- und Diskussionslager. Wichtigstes Organisations- und Austauschmedium waren soziale Plattformen im Internet, allen voran Facebook, vkontakte, Livejournal und Youtube. Die meisten der zunächst deklarierten Ziele, darunter Neuwahlen, wurden nicht erreicht. Zwar wurde das Parteienrecht formal liberalisiert, doch ließ sich Wladimir Putin am 7. Mai nach einer wiederum unfairen und gefälschten Wahl zum dritten Mal als Präsident vereidigen und anschließend das Parlament im Schnelldurchgang das Versammlungs- und Vereinsrecht weiter einschränken.

Trotzdem erfüllten die Demonstrationen ihren eigentlichen Zweck – den der gesellschaftlichen Selbstvergewisserung und der Bildung eines selbstbewussten und gut vernetzten oppositionellen Milieus. Anhänger verschiedener politischer Strömungen – Liberale, Anarchisten, Kommunisten, Ultrationalisten, Apolitische – nahmen zum ersten Mal systematisch an gemeinsamen Aktionen teil und einigten sich auf Regeln für den Umgang miteinander.

Die enorme Kreativität des Protests drückte sich in Tausenden individuell gestalteten Aktionen, Plakaten und Verkleidungen aus. Darunter waren zum Beispiel »Nanodemos« mit protestierenden Plüschtieren und Legofiguren, die herbeieilende Polizisten der Lächerlichkeit preisgaben. Die feministische Punk-Künstlerinnengruppe »Pussy Riot« veranstaltete einen Anti-Putin-Gottesdienst in der Moskauer Erlöserkirche; die aggressive Reaktion der Kirchenhierarchie stellte deren fehlende Barmherzigkeit und Verflechtung mit dem Staat bloß. Wie diese Dilemma-Aktionen aus dem klassischen Instrumentarium des gewaltfreien Protests verlief auch die gesamte Bewegung fast ausnahmslos friedlich.

Diese Tatsache möchte ich zum Anlass nehmen, um über die Vorbedingungen und Aussichten von gewaltfreiem Protest in einem Land zu reflektieren, in dem Gewalt vielfach zum Alltag gehört und Polizei sowie Militär eine – schon zahlenmäßig – sehr wichtige gesellschaftliche Rolle spielen.

* Der Text fasst zwei Kapitel eines Buchs über die russische Protestbewegung zusammen, das im Februar 2013 in der *edition subrkamp* erscheint.

Kulturen der Gewalt

Russland ist das mit Abstand gewalttätigste Land sowohl Europas als auch Asiens (direkte Kriegsopfer ausgenommen). Gemessen an der Anzahl der Morde je 1000 Einwohner liegt es weit vor Moldawien und Estland, Kasachstan und Thailand und ist am ehesten mit Mexiko oder Nicaragua vergleichbar. Durch Bürger- und Weltkriege, Hungersnöte und staatlichen Terror entstand im ohnehin nicht gerade friedfertigen Russischen Reich zwischen 1914 und 1953 eine vielschichtige Kultur der Gewalt und Gewaltduldung, die bis heute nachklingt. Die Tradition hierarchischer Brutalität innerhalb der Armee (*dedowschtschina*) und zuletzt vor allem die Kriege in Afghanistan und Tschetschenien trugen das Ihre dazu bei, einen maskulinen Gewaltkult zu zementieren, der durch zurückkehrende Veteranen aus den Randgebieten des Imperiums auch in die Städte getragen wurde. Die Tschetschenienkriege sowie der mörderische Dauerkonflikt in den benachbarten Teilrepubliken Dagestan und Inguschetien brachten die Gewalt schließlich auch nach Moskau und ins russische Kernland: Bomben- und Selbstmordattentate, blutige Geiselnahmen sowie politische Auftragsmorde sind seit Mitte der 90er Jahre an der Tagesordnung. Bestrafungs- und Vergeltungsmaßnahmen durch staatliche Akteure verlaufen oft nicht weniger blutig als die Terrorakte außerstaatlicher Gruppen. Schließlich leben in Russland über 800 000 Menschen in Zuchthäusern, zu denen man neben den Gefängnissen und Straflagern – der »Zone« – auch viele der desolaten Waisenhäuser und Irrenanstalten zählen muss. Manche Gesellschaftsforscher gehen so weit zu behaupten, dass die Sozialisierung vieler Männer durch die »Zone« so bedeutsam und die Übertragung ihrer Verhaltensregeln auf die Gesamtgesellschaft so massiv sei, dass ganz Russland wie eine große »Zone« funktioniere.¹ So weit muss man nicht gehen, doch dürfte klar sein, dass das Recht des Stärkeren, bedingungslose persönliche Loyalität und Misstrauen gegenüber Unbekannten die Lebenswelten vieler Menschen in Russland prägen. Es herrscht eine »diffuse Militanz«.²

Getränkt wird diese Militanz nicht zuletzt durch Alkohol. Zwar liegt Russland bei dessen Konsum im weltweiten Vergleich auf Platz 4 hinter Moldawien, Tschechien und Ungarn, seine Einwohner haben jedoch die gefährlichsten Trinkgewohnheiten – vor allem in Form von Saufgelagen unter Männern. Es bleibt abzuwarten, ob sich der fulminante Erfolg der postsowjetischen Bierindustrie langfristig in gemäßigterem Konsumverhalten niederschlagen wird oder ob der Bierpegel steigt, ohne den Wodkaspiegel zu senken. Schnapsleichen sind wie in anderen nördlichen Ländern vielerorts ein gewohnter Teil des Stadt- und vor allem Landbilds, und wie auch bei Opfern trunkener Prügeleien bleibt ihr Leichendasein nicht immer metaphorisch. Nicht zuletzt mit

1 So zum Beispiel Anton N. Oleinik, *Criminalité organisée, prison et sociétés post-soviétiques*, Paris u. Turin 2001.

2 Manfred Sapper, »Diffuse Militanz in Rußland: ein Erbe des militarisierten Sozialismus?«, *Berliner Debatte Initial*, Jg. 8, Nr. 6 (1997).

dem hohen Alkoholkonsum hängt die weite Verbreitung häuslicher Gewalt zusammen, darunter Körperstrafen gegen Kinder. Wie andere Formen von Gewaltanwendung auch sind derartige Gewaltpraktiken überwiegend männlich. Gerade weil das immer noch weitverbreitete patriarchalische Verständnis von Geschlechterrollen der Wirklichkeit schon längst nicht mehr entspricht, entlädt sich der Frust der durch maskuline Ideale überforderten Männer oft in Brutalität.³

Hinzu kommt die ritualisierte und oft kalkulierte Anwendung von Gewalt als Kennzeichen diverser Subkulturen. Solche Milieus bestehen zum einen aus kriminellen Banden, die vor allem in den 90ern einen Großteil des Wirtschaftslebens mitbestimmten, zum anderen aus jugendlichen Gangs, die in den 70er und 80er Jahren als »Ljubera« brutal gegen vermeintlich verwestlichte Jugendliche vorgingen und zusätzlich seit Ende der 90er als Neonazi-Skinheads angeblich ethnisch Fremde umbringen. Gerade in den Großstädten und den multikulturellen Regionen Südrusslands werden gewalttätige Auseinandersetzungen etwa zwischen Fußballfans oder unter Dorfbewohnern immer stärker als ethnische Konflikte markiert, nicht zuletzt durch die Bemühungen nationalistischer Organisationen.

Kulturen der Gewaltfreiheit

Angesichts dieser vielfältigen Gestalten der Brutalität könnte man erwarten, auch der gegenwärtige politische Protest müsse nahezu zwangsläufig in gewalttätigen Bahnen verlaufen. Doch ist das Gegenteil der Fall. Bis auf ein paar fragwürdige Einzelfälle geht von den Demonstranten selbst keine Gewalt aus. Selbst symbolische Gewalt ist nicht zu beobachten. Unter Tausenden Plakaten auf den Protestdemos gibt allenfalls der einsame Schriftzug »Putin must die« zu denken – doch geht es eher um jedermanns »inneren Putin«.⁴ Ja, es findet sogar, nach klassischer gewaltfreier Manier, eine Art Selbstzensur statt: Bereits während der Dezember-Aufmärsche wurden Hitzköpfe von der Menge zurückgehalten und Aufrufe zu Revolution und Gewalt sofort niedergebuh. Mehr noch, die Atmosphäre auf den Demonstrationen wurde – trotz der Enge und der politischen Differenzen – allgemein als ungewöhnlich friedlich, freundlich und hilfsbereit empfunden.

Es liegt nahe, diese bemerkenswerten Phänomene mit der Tradition des gewaltfreien Widerstands zu begründen, die in Russland parallel zum scheinbar allgegenwärtigen Gewaltkult besteht. Sie reicht von christlichen Sekten des frühen 19. Jahrhunderts über den tschetschenischen Mystiker Kunta-Haji und das Spätwerk von Leo Tolstoj bis hin zu den Dissidenten der 1960er und 70er Jahre, die die sowjetischen Machthaber aufforderten, die eigene Verfassung zu

3 Zu Körperstrafen s. Igor' Kon, *Bit' ili ne bit'?* Moskau 2012, v.a. S. 291–310.

4 Unter den über 5000 Protestslogans in meiner Datenbank, für die Fotos von Demonstrationen in über 100 Städten ausgewertet wurden.

respektieren. Die praktischen Beispiele gewaltfreien Widerstands reichen von den Industriestreiks der 1870er Jahre über die Revolution von 1905 bis hin zu Massenstreiks in den Straflagern von Norilsk und Workuta in den Monaten nach Stalins Tod im Jahr 1953. Die Teilnehmer einer Großkundgebung in Jerewan zwangen die Regierung 1965, ein Mahnmal für die Opfer des armenischen Genozids in Auftrag zu geben, und während der Perestrojka spielten friedliche Massenaktionen eine Schlüsselrolle etwa in den baltischen Unabhängigkeitsbewegungen oder im Widerstand gegen den Moskauer Putsch vom August 1991.

Viel wichtiger für ein Verständnis der aktuellen Proteste ist jedoch die Mikrodynamik auf den Demonstrationen. Es ist ja nicht so, dass sich diffuse Aggression automatisch gegen repressive oder korrupte staatliche Instanzen richten würde. Im Gegenteil, die Machtlosigkeit der Bürger gegen alltägliche Formen der Unterdrückung staut Aggressionen erst an, die sich dann unter Umständen gegen Mitmenschen und gerade auch Familienmitglieder richten. Gerade weil die Protestbewegung zum ersten Mal eine dauerhafte und massive Koalition gegen einen gemeinsamen Gegner schmiedete, konnte sich der angestaute Frust wie an einem Blitzableiter entladen; zurück blieben Wohlwollen und Freude über den eigenen Rückhalt in der Menge.⁵ Erst das brutale Vorgehen der knüppelnden Polizisten etwa bei der Großkundgebung am 6. Mai in Moskau führte zu Gegengewalt. Ein paar Demonstranten schafften es, einigen der Uniformierten unter dem Beifall der Menge als Trophäen die Helme vom Kopf zu reißen und in die Moskwa zu werfen. Es flogen auch einzelne Steine und später sogar Asphaltbrocken. Einige Polizisten wurden leicht verletzt. Doch zu einem großen Teil beschränkte sich die Gegenwehr auf das Schleudern leerer Plastikflaschen: Jeder 1. Mai in Berlin verläuft um ein Vielfaches aggressiver. Bemerkenswert ist zudem, dass die verbleibenden Demonstranten jede Pause in den Knüppelattacken der Polizeikolonnen nutzten, um ihren Protest wieder in friedliche und sogar festliche Bahnen zu lenken. Durch spontane Flashmobs und gegenseitige Hilfsaktionen beschworen sie immer aufs Neue den Geist der Solidarität und Ausgelassenheit. Der Widerstand der meisten Demonstranten drückte sich darin aus, dass sie sich weigerten, den Anweisungen der Polizisten zu folgen und sich nur durch Schlagstöcke und körperlichen Druck vertreiben ließen: auch dies eine klassische Form des gewaltfreien Widerstands spätestens seit Gandhi.

Selbst die Protestteilnehmer aus dem radikalnationalistischen Lager zeigten sich bereit zur Gewaltfreiheit, obwohl sich nationalistisch inspirierte Anschläge – unter anderem gegen Staatsvertreter – in Russland in den letzten Jahren mehren. Auch dies liegt nicht etwa in erster Linie daran, dass der große Theoretiker des bewaffneten nationalistischen Widerstands aus den 1920er Jahren, der emigrierte Philosoph Iwan Iljin, inzwischen von Staats- und Kirchenvertretern vereinnahmt wird. Derartige Vereinnahmungen hindern oppositionelle

5 Ljudmila Petranowskaja, »Pochemu my takie zlye?«, *Neskuchnyj sad*, 21.5.2012.

Nationalisten nicht daran, eine ähnliche Rhetorik zu bemühen. Doch versteht der organisierte Teil der nationalistischen Bewegung, dass die eigene Szene schlicht zu klein ist, um sich im Kampf gegen den Staat behaupten zu können. Ein Alleingang würde außerdem zum sofortigen Ausschluss aus der größeren Protestbewegung führen und die radikalen Nationalisten ihrer neuen Bühne zur gesellschaftlichen Selbstdarstellung berauben.

Gewaltbereitschaft

Freilich ist das Bekenntnis zur Gewaltfreiheit unter den Oppositionellen keineswegs unstrittig. Auf den Massenkundgebungen zwischen der Dumawahl im Dezember und der Präsidentschaftswahl im März war noch fast ausschließlich von Gewaltfreiheit und evolutionärer Entwicklung die Rede. Spätestens im Mai 2012 finden sich auf den Märschen und in den Protestlagern jedoch viele ein, die sich nicht scheuen, Gewalt gutzuheißten. Der Tenor ist der gleiche: Die da oben lassen dem Volk keine Wahl. Sollte der friedliche Protest unterdrückt und die Korruption nicht eingedämmt werden, wird es über kurz oder lang zu einem blutigen Aufstand kommen. Die meisten Demonstranten hingegen hüten sich, eine wie auch immer geartete Gewalt offen gutzuheißten. Sie nehmen lieber die Position des mahnenden Beobachters ein. Diese Menschen sind es, die bei den Demonstrationen eine interne Kontrolle ausüben und keine Gewalt zulassen. Überraschender ist, dass einige Protestierende – gerade auch Frauen – sich selbst zu gewalttätigen Aktionen bereit erklären. Eine solche – zumindest deklarierte – Gewaltbereitschaft erwächst meist aus Erfahrungen mit dem staatlich provozierten oder in Kauf genommenen Tod. Frustrierende Begegnungen mit korrupten Staatsdienern gehören zum Alltag der meisten Einwohner Russlands. Doch erst wenn die Korruption Menschenleben fordert, wächst die Bereitschaft zu handgreiflichem Widerstand. So wie die Selbstverbrennung des jungen tunesischen Straßenhändlers Mohamed Bouazizi aus Protest gegen Schikane durch Beamte den Funken zum Arabischen Frühling gab, ist es der Tod Nahestehender, der russische Protestierende der bedingungslosen Gewaltfreiheit abschwören lässt. Richtet sich der allgemeine friedliche Protest gegen eine kollektive und undifferenzierte Elite (»die Machthaber«, »die da oben«, »die Gauner und Diebe«), so haben Gewaltfantasien oft konkretere Adressaten. Es sind die korrupten Institutionen, in deren Getriebe Menschenleben zermahlen wurden: die unfreie Rechtsprechung, die korrupte Medizin, die brutal und willkürlich handelnde, oft zur Folter greifende Polizei, die mit ihren fußgänger-mordenden Luxuskarossen als Herren der Straßen auftretenden Beamten, schließlich auch das als Anlaufstelle unbrauchbare Parlament. Die meisten werden die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung wohl niemals übertreten. Doch können Einzelne in einer solchen Situation immer wieder zu Verzweiflungstaten getrieben werden. Auch repressive Reaktionen auf die Protestbewegung vermögen einen ähnlichen Effekt auszulösen. Jedenfalls stellt gewaltfreier Protest wie für jedes autoritäre Regime auch für Russ-

lands Führung ein Dilemma dar. Demonstrationen dieses Typs sind zunächst einmal leicht zu kontrollieren. Sie können eingegrenzt, aufgebrochen, niedergeknüppelt, verteufelt und verboten werden. Fällt die Repression aber zu stark aus, gibt es Verletzte oder gar Tote, wird die Teilnahme am Protest zu einer Gefahr für Leib und Leben, mag ein Großteil der Protestierenden zu Hause bleiben oder nach anderen Formen des Protests suchen, doch wird sich der Rest radikalieren. Gipfelt diese Radikalisierung schließlich in Gewalt gegen den Staat, verschafft sie ihm eine neue Rechtfertigung für Gegengewalt. Sie wiederum könnte zu einer noch größeren Radikalisierung des Protests führen und ihn schließlich unkontrollierbar machen.

Aus dieser Dynamik erklärt sich, warum Russlands Regime Gewalt – aus eigener Sicht – nur in sehr kontrollierten Formen anwendet. Vorrangiges Ziel ist die Abschreckung. Hunderte werden verhaftet, doch bleiben die meisten nur Stunden oder Tage im Polizeigewahrsam; lediglich an einigen wenigen wird mit langen Freiheitsstrafen ein Exempel statuiert. Auch horrenden Geldstrafen vermindern die Bereitschaft zur regelmäßigen Teilnahme an Protestmärschen. Der Zweck dieser Maßnahmen ist, Freunde und Angehörige der Bestraften zu Geiseln statt zu Rächern zu machen. Der Vater eines von der Polizei zu Tode Gefolterten hat womöglich nichts mehr zu verlieren. Wessen Tochter jedoch auf Jahre im Gefängnis landet, wird erpressbar und dadurch kompromissbereit. Die Staatsmacht hat also eine ständige Gratwanderung zu bewältigen. Zu wenig Repression kann als Schwäche ausgelegt werden und den Protestierenden neue Möglichkeiten eröffnen, ihre Forderungen durchzusetzen. Zu viel Repression führt zwangsläufig zu einer Radikalisierung des Protests.

Das staatliche Reaktionsrepertoire funktioniert jedoch nur, solange das Regime vollständige Kontrolle über den Gewaltapparat besitzt. Tausende von Bereitschaftspolizisten, die gegen Demonstranten eingesetzt werden, dürfen Befehle zum Knüppeln und Verhaften einerseits nicht verweigern, dürfen andererseits aber auch nicht aus der Befehlskette ausscheren und unkontrolliert auf die Protestierenden einschlagen. Genau hier bietet sich eine Angriffsfläche für eine gewaltfreie Protestbewegung. Nur wenn eine solche Bewegung staatliche Repressionen neutralisieren kann, indem sie einen relevanten Teil der Polizei und der Streitkräfte zur Befehlsverweigerung animiert, hat sie Aussicht auf Erfolg. Von einer entsprechenden Strategie ist in Russland aber noch nichts zu spüren: Bisher gibt es keine Versuche einer systematischen Kontaktaufnahme mit Einsatzkräften und Armee. Auf den Demonstrationen sind zwar Sprechchöre »Die Polizei ist mit dem Volk – dient nicht den Monstern« zu hören, doch kommt es auch zu Beschimpfungen oder erniedrigenden Aktionen, wenn etwa Bereitschaftspolizisten mit Münzen beworfen werden, um ihre vermeintliche Käuflichkeit zu unterstreichen.

Grund zur Hoffnung geben den Aktivisten oppositionelle Angehörige oder Veteranen der Streitkräfte, wie etwa die Band »Fallschirmjäger gegen Putin«, die im Januar ein oppositionelles Lied vortrug und deren Kopf den Teilnehmer der Moskauer Großdemonstration am 6. Mai Schutz durch oppositio-

nelle Armeeveteranen zusicherte, die dann freilich zum Großteil schon an der Anreise nach Moskau gehindert wurden. Zudem kursieren immer wieder Gerüchte über die Weigerung von Einsatzkräften, gesetzeswidrige Verhaftungen vorzunehmen. Gesichert erscheint es, dass Moskauer Bereitschaftspolizisten als unzuverlässig für den Einsatz gegen Demonstranten gelten, weshalb zur Kontrolle und Niederschlagung von Demonstrationen überall im Land grundsätzlich mobile Einsatzkräfte aus anderen Landesteilen verwendet werden. Einzelne Umfragen belegen auch, dass Unzufriedenheit mit der politischen Führung unter Moskauer Polizisten weit verbreitet ist, wobei diese eher zu »patriotischen« Oppositionsparteien als zu einer liberalen oder gar prowestlichen Strömung tendieren.

Die grundlegende Schwierigkeit liegt allerdings in der sozialen Distanz zwischen den meisten der gebildeten Demonstranten und dem Großteil der Sicherheitskräfte, die auf langfristige strukturelle Faktoren zurückzuführen ist, gleichzeitig aber bewusst aufrechterhalten wird. Grob vereinfacht gesagt stehen gebildeten Demonstranten aus den Großstädten, denen Gewaltanwendung lebensweltlich eher fremd ist, Polizisten gegenüber, die den Körpereinsatz als ihr einziges Kapital zu schätzen gelernt haben. Ein Kleinstadtleben ohne soziale Aufstiegschancen, schlecht bezahlte körperliche Arbeit, der Armeedienst (oft mit Einsatz im Nordkaukasus), gefolgt von der Aufnahme in den Apparat des Innenministeriums und wiederum sechsmonatigem Dienst als regulärem Ordnungshüter in Tschetschenien sind typische Stationen eines Polizistenlebens in Russland. Durch den Einsatz in bürgerkriegsähnlichen Situationen und den ständigen Druck, statistischen Erfolgskriterien zu entsprechen, geraten die Sicherheitskräfte in einen Kreislauf, der sie die Zivilbevölkerung oft als grundsätzlich feindselig ansehen lässt. Da die ideologische Motivation zum Dienst inzwischen weggefallen ist und die schlechten Arbeitsbedingungen, auch nach der groß angelegten, aber gescheiterten Polizeireform von 2011, zu Unmut und einer ständigen Personalfluktuations führen, bleibt als wichtigstes Motivationsmittel Geld. Folgerichtig wurden noch vor den Dumawahlen etwa Offiziersgehälter offiziell verdoppelt – eine Erhöhung, die sich durch den Wegfall anderer Vergünstigungen freilich magerer ausnahm als angekündigt. Auch die OMON-Einsatzkräfte wurden für ihre zahlreichen Einsätze auf den Demonstrationen ab Dezember mit reichhaltigen Bonuszahlungen entlohnt.

So sind die Demonstranten mit einem System konfrontiert, in dem sich die Sicherheitskräfte aus den am meisten gewaltbereiten Teilen der Gesellschaft rekrutieren, den Protestierenden meist fremd gegenüberstehen und vor allem durch materielle Entlohnung an das politische Regime gebunden sind. Es wäre zu schlussfolgern, dass die Stimmung in Polizei und Armee am ehesten angesichts einer Situation kippen könnte, wo die Ressourcen für eine solche Entlohnung knapp werden, nicht aber durch politischen und moralischen Druck seitens einer gewaltfreien Protestbewegung.

Ramin Jahanbegloo *Die Grüne Bewegung und der gewaltfreie Kampf im Iran*

Drei Jahre liegt der iranische Frühling inzwischen zurück, doch sind dessen Nachbeben noch immer deutlich zu spüren – im Iran wie in der Welt. Die Proteste, die im Juni 2009 ihren Ausgang nahmen, erweisen sich im Rückblick als ein Schlüsselmoment in der iranischen Geschichte. Was als Aufstand gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen und die Wiederwahl von Mahmud Ahmadinedschad begonnen hatte, weitete sich zu einer Massenbewegung für bürgerliche Freiheiten und ein Ende des theokratischen Regimes im Iran aus. Die Demonstrationen – nicht allein Reaktion auf die unfairen Wahlen – brachten jahrelang aufgestaute Frustration, Unzufriedenheit und Wut über die repressive Herrschaft im Iran zum Ausdruck. Als junge, gewaltfreie und zivilgesellschaftliche Bewegung für einen Wandel innerhalb der iranischen Gesellschaft kämpfte die Grüne Bewegung für eine rechtmäßige und ihre Handlungen verantwortende Regierung. Der Wahlbetrug im Iran bot, wie in der Folge deutlich wurde, dem iranischen Volk die Gelegenheit, nicht nur ihre wenigen demokratischen Rechte zu verteidigen, sondern den Versuch zu wagen, neue Fundamente für ein wahrhaft demokratisches Regime zu legen. Die Islamische Republik schien sich langsam aufzulösen und ein jähes Ende zu nehmen, während die Grüne Bewegung wuchs und an Stärke gewann.

Gerade angesichts der Komplexität der iranischen Gesellschaft ist es wichtig, den Umstand zu betonen, dass die Grüne Bewegung, zumal was ihre demokratischen Grundüberzeugungen anlangt, nicht plötzlich unter dem Eindruck manipulierter Wahlen aufkam. Im Verlauf der letzten 20 Jahre vollzog sich im Iran eine bedeutende politische und gesellschaftliche Evolution, weil eine zunehmend junge Bevölkerung gebildeter, säkularer und liberaler wurde. Diese generationelle Kluft schied die iranische Gesellschaft in konservative sowie reformorientierte Gruppen und katapultierte liberale Ideen in den Fokus politischer Debatten. Man kann wohl sagen, dass die Grüne Bewegung eine Manifestation dieser sich wandelnden politischen, sozialen und kulturellen Einstellungen war, die sich allmählich unter Irans Intellektuellen, Studenten, Frauenrechtlern und seiner jungen Bevölkerung überhaupt entwickelt hatten.

Seit den ersten Tagen der Islamischen Revolution haben häufig zwei unvereinbare und sich widerstreitende Konzeptionen von Souveränität das ideologische Profil des politischen Machtkampfes im Iran bestimmt. Die bis dahin größten Proteste fanden ein Jahrzehnt vor dem Juni 2009 im Sommer 1999 statt, wobei damals Studenten an der Spitze dieser Auseinandersetzungen standen. Mit der Grünen Bewegung gingen aber zum ersten Mal seit der Revolution von 1979 unterschiedliche soziale Gruppen gemeinsam auf die Straße: Religiöse und Säkulare, Junge und Alte, Reiche und Arme. Dies verdeutlicht unübersehbar, dass sich die Rolle der Zivilgesellschaft im Prozess des sozialen und politischen Wandels während der vergangenen drei Jahrzehnte gewandelt

hat. Aus einem Ad-hoc Zusammenschluss von Feminist/innen, Intellektuellen und Studierenden ist der ungleich reflektiertere und besser organisierte Kampf der Grünen Bewegung hervorgegangen. Tatsächlich bezeugen die letzten 20 Jahre einen bemerkenswerten Zuwachs an gewaltfreiem Denken und zivilem Widerstand gegen die autokratische Herrschaft im Iran. Nichts hat die Diskussionen und Stellungnahmen der letzten Dekaden derart stark bestimmt wie die Themen Zivilgesellschaft und gewaltfreie Aktion.

Was die Grüne Bewegung offenbart hat, war eine Legitimationskrise, mit der sich die politische Verfassung des Irans konfrontiert fand, weil die gegenwärtigen Machthaber durch ihre Lügen und Grausamkeiten alle moralische Glaubwürdigkeit verspielt hatten. Mit der Berufung auf den republikanischen Grundsatz, dass alle Macht vom Volke ausgeht, wies sie eine alternative Quelle politischer Legitimation aus, die im Gegensatz zur politischen Theologie der absoluten Souveränität eines »Obersten Rechtsgelehrten« stand.

Außerdem zählte die Mehrheit der Demonstranten, die die Legitimität des Wahlverfahrens als solche in Frage stellten, zu einer neuen Generation, einer Generation, die – anders als die ihrer Eltern – die Revolution von 1979 nicht erlebt hatte oder schlicht zu jung ist, um sich an die Ereignisse erinnern zu können. Sie verlangte nach einem anderen Iran. Diese Gruppe machte ein Drittel der Wahlberechtigten in den Präsidentschaftswahlen aus. Sie brachte machtvoll in Erinnerung, dass ein viel zu monolithisches Bild des Iran ihre Denkungsart, die Denkungsart von den 70 Prozent der Bevölkerung, die unter 30 Jahren sind, einfach nicht widerspiegelt. Das Demokratieverlangen der jungen Iraner stellte eine ernsthafte Herausforderung nicht nur für den Status und die Legitimität der Lehre von der Herrschaft des Obersten Rechtsgelehrten (*Velayate Faqih*) dar, sondern auch für die politische Reformbewegung in ihrem Anspruch auf demokratische Authentizität. Paradoxerweise setzte die Grüne Bewegung auf zwei Strategien, die auch in der Islamischen Revolution von 1979 zum Einsatz kamen: auf Gewaltfreiheit und den Einsatz neuer Kommunikationstechniken. 1979 nutzten die iranischen Revolutionäre die damals verfügbare Technologie, um Chomeinis Reden auf Tonbändern heimlich in Umlauf zu bringen. 2009 wurden Facebook und Twitter zu den Waffen der Wahl in den Händen der jungen Protestierenden. Sie brachten ihr Anliegen mit gewaltfreien Aktionen zur Geltung und zeigten der Regierung dadurch zugleich, dass sie auf die Gewalt der paramilitärischen Miliz Basij nicht mit Vergeltungsschlägen reagieren wollten. Auch waren viele der jungen Studenten und Aktivisten davon überzeugt, dass Frieden und Demokratie allein auf dem Wege der Gewaltfreiheit erreicht werden können. Die Bewegung wäre zweifelsohne in der Lage gewesen, auf die Brutalität des Regimes ihrerseits mit dem Einsatz von Gewalt zu antworten. Doch blieb eine solche Reaktion aus. Die Demonstranten waren beherzt und entschlossen genug, den Dialog mit dem

1 Mehran Kamrava, *The Modern Middle East. A Political History Since the First World War*, Berkeley/Los Angeles 2005, S. 168.

Staat zu suchen, um das Land nicht erneut in eine Phase des Blutvergießens zu stürzen. Ein weiterer Grund für die Gewaltlosigkeit der Bewegung könnte in dem Umstand zu finden sein, dass sich viele Iraner, insbesondere die jüngere Generation, von den ideologischen Weltanschauungen des Marxismus-Leninismus und des radikalen Islamismus entfernt haben, die in den ersten Jahren nach der Revolution von 1979 für so viel Gewalt gesorgt hatten. Die iranische Revolution bedeutete einen großen gesellschaftspolitischen Wandel, der von einem heterogenen intellektuellen Diskurs begleitet wurde; doch ging der geistige Wandel ohne Zweifel nicht in die Richtung einer Kritik der Gewalt. Die Revolution läutete ganz im Gegenteil die langfristige Rückkehr massiver Gewalt in die moderne iranische Politik ein. Jüngeren Generationen fällt es schwer zu glauben, dass es Ajatollah Chomeini am Ende des 20. Jahrhunderts gelingen konnte, eine gewaltsame Theokratie im Iran zu etablieren. Dies gelang in einem von Gewalt geprägten Kontext, zu dessen Entstehung und Normalisierung Mohammad Reza Schah und seine marxistischen Opponenten wesentlich beigetragen hatten. Zurückblickend muss man herausstellen, dass Chomeini, anders als die iranischen Linken, Gewalt nicht romantisierte, sie jedoch unbeugsam gegen seine Gegner einsetzte. In leichter Abwandlung von George Orwells berühmtem Zitat ließe sich sagen: Ajatollah Chomeini und seine Anhänger haben die Islamische Theokratie nicht eingesetzt, um eine Revolution zu sichern, sondern sie machten eine Revolution, um eine islamische Theokratie einzusetzen. Doch indem sie so vorgingen, ließen sie den Geist der Gewalt aus der Flasche, einen Geist, der (zumindest der Intention nach) 30 Jahre später von der Grünen Bewegung zurück in die Flasche gezwungen wurde. Eine weitere Auswirkung und Errungenschaft der Grünen Bewegung war, dass sie die Spaltungen innerhalb des Regimes verstärkte.¹ Sie legte die tiefen Risse offen, die innerhalb der Islamischen Republik zwischen den parteiinternen und ideologischen Gruppen existierten. Der Oberste Religionsführer wurde nicht länger als neutraler Schlichter angesehen und verlor in den Augen vieler Iraner an Legitimität.² Immer deutlicher zeichnete sich ab, dass der Staat nicht unbesiegbar, vielmehr durch innere Konflikte über die zukünftige Richtung des islamischen Staates destabilisiert war. Es ist der Grünen Bewegung geschuldet, dass der Riss zwischen dem iranischen Staat und der iranischen Gesellschaft tiefer als jemals zuvor wurde. Die Bewegung eröffnete eine Kluft zwischen jenen, die die Normalisierung der ökonomischen und politischen Beziehungen mit dem Westen als essentiell für die Zukunft des Irans betrachteten, und jenen, die solche Beziehungen als Verrat an den Idealen der islamischen Revolution verdammt. Der auffallende Kontrast zwischen Mir Hossein Mussawi, dem Präsidentschaftskandidaten der politischen Reformbewegung, und Mahmud Ahmadinedschad zeigte, welche Schwierigkeiten das Regime im Umgang mit seiner vorwiegend jungen Bevölkerung

2 Nader Hashemi/Danny Postel (Hrsg.), *The People Reloaded. The Green Movement and the Struggle for Iran's Future*, New York City 2011, S. 52.

hat, die zunehmend weniger religiös, jedoch moderner und progressiver eingestellt ist.

Bedauerlicherweise suchte das Regime keine diplomatischen Gespräche mit den Protestierenden. Es beantwortete deren Proteste stattdessen mit einer brutalen Repressionskampagne, die darauf abzielte, jeden, der sich dem Regime in den Weg stellte, zu töten, zu verletzen, einzuschüchtern oder zu foltern. Nach mehreren Monaten des Protests fiel der Preis, den es kostete, den Mächtigen die Wahrheit zu sagen, zweifelsohne höher aus, als von den zivilgesellschaftlichen Akteuren erwartet. Es kam zu massiven Verhaftungen, Schauprozessen in stalinistischer Manier, zu Folter, Vergewaltigung und Mord.

Zudem trug der Charakter des politischen Systems im Iran mit seiner Gewaltenteilung zwischen zwei Zentren, dem Präsidenten und dem Obersten Religionsführer, dazu bei, den in Gang gekommenen Wandlungsprozess zu verkomplizieren und zu verlangsamen. Das höchste Amt im Iran ist das des Obersten Religionsführers, das zur Zeit Ajatollah Ali Chamenei, der Nachfolger von Ajatollah Chomeini, innehat. Chamenei bestimmt und übersieht die »grundlegenden Prinzipien der Islamischen Republik«, was bedeutet, dass er den Ton und die Richtung der iranischen Innen- und Außenpolitik angibt. Er ist oberster Befehlshaber der bewaffneten Kräfte und kontrolliert den Geheimdienst sowie den Sicherheitsapparat. Er hat das Recht, die obersten Richter, die Leiter der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten und den Oberbefehlshaber der iranischen Revolutionsgarden zu ernennen und abzusetzen. Außerdem wählt er 6 der 12 Mitglieder des Wächterrates. Zu den Kompetenzen des Wächterrates gehört die Auslegung der Verfassung und ihm obliegt es, zu beurteilen, ob Gesetze, die das Parlament verabschiedet hat, mit der Scharia im Einklang stehen. Somit verfügt er über ein umfassendes Vetorecht gegenüber den Entscheidungen des Parlaments. Der Rat überprüft weiterhin Parlaments- und Präsidentschaftskandidaten und entscheidet über ihre Eignung zur Kandidatur. In den letzten Präsidentschaftswahlen wurden nur 8 der 2000 Kandidaten zur Wahl zugelassen. Der Expertenrat, der jährlich eine Woche lang tagt, wählt den Obersten Religionsführer und überwacht zugleich seine Aktivitäten und die aller Organisationen, die unter seiner Kontrolle stehen. Der Expertenrat besteht aus 86 »tugendhaften und erfahrenen« Geistlichen, die vom Volk für 8 Jahre gewählt werden. Von vielen Analysten wird der Expertenrat mit dem vatikanischen Kardinalskollegium verglichen. Das Amt des Präsidenten ist das zweithöchste Amt im Iran. Er wird vom Volk für 4 Jahre gewählt. Der Präsident ernennt die Minister, leitet den Ministerrat und koordiniert die Regierungsarbeit. Außerdem bestimmt der Präsident die Grundsätze der Wirtschaftspolitik, hat jedoch keine Kontrolle über die bewaffneten Kräfte. Obwohl der Präsident nominell die Autorität über den Sicherheitsrat und den Nachrichtendienst hat, unterstehen alle Sicherheitsangelegenheiten de facto dem Obersten Religionsführer und den ihm zugeordneten Institutionen. Die Macht des Obersten Religionsführer ist mit anderen Worten unbeschränkt. Daher ist es wenig überraschend, dass die Grüne Bewegung im

Juni 2009 ihren Slogan »Wo ist meine Stimme?« zu »Nieder mit Velayat-e-Faqih!« radikalisierte.

Gleichwohl gelangte die Grüne Bewegung an ihr Ziel. Sie gewann die moralische Überlegenheit und zeigte der Welt das wahre Gesicht des islamischen Regimes. Auf diese Art wusste sie die innerstaatliche Legitimität des Regimes erheblich schwächen. Überdies demaskierte sie Chomeinis Lehre von der Staatshalterschaft des Rechtsgelehrten, beschleunigte deren Untergang, indem sie die politischen Risse innerhalb des Regimes offenlegte. Das Regime fand mühe-los Wege, seine eigenen Bürger anzugreifen oder zu töten, setzte sogar Scharfschützen gegen unbewaffnete Demonstranten ein. Neda Agha-Soltan war eine unschuldige Demonstrantin, die von Scharfschützen erschossen wurde und bald darauf zu einem »mächtigen Symbol für die Grausamkeiten« der Islamischen Republik wurde.³ Trotz der Brutalität des Regimes blieb die Bewegung gewaltfrei und friedlich. Die Iraner lernten zunehmend, sich diese geistige Haltung zu eigen zu machen. Viele Aktivisten der Bewegung sahen auch, dass Gewaltfreiheit von Vorteil für ihre Sache war, da sie ihr Legitimität und moralische Überlegenheit verlieh und das Regime zugleich weiter diskreditierte. Dass die Grüne Bewegung, die so viele verschiedene Gruppen unter ihrer Fahne vereinigte – darunter Intellektuelle, Studentenbewegungen und Frauenrechtsgruppen – entschlossen und in der Lage war, eine gewaltfreie Haltung zu kultivieren, ist eine wahrhaft große Leistung gewesen. Solch massiver Einsatz von gewaltfreiem zivilem Ungehorsam ist eine Seltenheit in der modernen iranischen Geschichte und deutet auf einen Wandel in der Kultur wie dem politischen Bewusstsein des Iran hin.

Abschließend bleibt zu fragen, wo Irans Grüne Bewegung drei Jahre später steht. Wahr ist, dass die Bewegung im Iran an Stärke und Mobilisierungsfähigkeit verloren hat, während der Arabische Frühling überall in der Region zum Sturz von Regime geführt hat. Hätte die Führung der Grünen Bewegung kraftvoller und entschiedener gehandelt, wäre es ihr vielleicht gelungen, die Basis des Rentierstaates zu unterhöhlen und so den Ausschlag zu ihren Gunsten zu geben. Doch erlaubte die Zögerlichkeit und Zurückhaltung der Oppositionskandidaten Mir Hossein Mussawi und Mehdi Karroubi es dem Staat, sie durch nackte Gewalt, Drohungen und Hausarrest langsam wirkungslos zu machen. Als Potential für zivilgesellschaftlichen Wandel hingegen ist die Bewegung innerhalb und außerhalb des Iran lebendig und ihre Führung hat sich verlagert: aus einer zentralisierten Führung wurde eine polyzentrische, so dass die Bewegung von allen im Exil lebenden Dissidenten wirksam repräsentiert wird. Dass die Grüne Bewegung ihrer Einheit und Stärke verlustig gegangen ist, schreiben viele dem gewaltsamen Durchgreifen des iranischen Regimes zu. Andere halten dem entgegen, dass die Grüne Bewegung die Kapazitäten und das Potential hatte, nahezu alles zu erreichen, jedoch zurückgehalten wurde; dafür, dass sie hinter den Erwartungen letztlich zurückblieb, machen sie ihre größte Schwäche verantwortlich – ihre Führung.

3 Ebd., 12.

Die Grüne Bewegung setzte nur eine beschränkte Palette an Taktiken gegen den Staat ein: Straßenproteste entpuppten sich als ihre Hauptwaffe. Stattdessen hätte die Grüne Bewegung Unterstützer aus den Schlüsselbereichen der iranischen Ökonomie für sich gewinnen sollen, wozu die mächtigsten Industriezweige, das Verkehrswesen und die Gewerkschaften, Regierungsangestellte, Basarverkäufer und – vor allem – Ölarbeiter gehört hätten. Doch selbst wenn es der Grünen Bewegung nicht gelungen ist, die Islamische Republik zu bezwingen, so war sie doch keinesfalls ein vollkommener Misserfolg. Der Bewegung gelang es nicht nur, die iranische Politik und Kultur zu beeinflussen, sondern auch die Islamische Republik weiter zu delegitimieren. Die Proteste und Demonstrationen haben die demokratische Reife der iranischen Bevölkerung unter Beweis gestellt, die willens war, ihr Leben zu riskieren, um minimale demokratische Rechte zu verteidigen. Ohne Zweifel kündigt das Aufkommen einer solchen Bewegung an, dass das politische System des Iran in der Zukunft biegen oder brechen wird. Das republikanische Prinzip der Volkssouveränität führte die sozialen und politischen Akteure der Grünen Bewegung dazu, Ajatollah Chameneis autoritäre Regierungsmethoden herauszufordern. Die Bewegung hat den Geist der Demokratie aus der Flasche gelassen, und jetzt fürchtet das iranische Regime offenkundig, nicht in der Lage zu sein, ihn wieder in die Flasche zurückzuzwingen.

Aus dem Englischen von Hendrikje Schauer

Véronique Dudouet *Die Erste palästinensische Intifada (1987–91). Ein erfolgreiches Beispiel gewaltfreien Widerstands?*

In der wissenschaftlichen Literatur zum gewaltfreien Widerstand wird die Erste palästinensische Intifada häufig als Paradebeispiel für eine Kampagne nationaler Selbstbestimmung herangezogen, die von Strategien gewaltfreier Aktion und langjährigen Erfahrungen im unbewaffneten Volkswiderstand geprägt ist.¹ Dagegen beziehen sich israelische wie internationale Medienanalysen des israelisch-palästinensischen Konfliktes nur selten auf diese Episode aus der Geschichte des palästinensischen Antibesatzungskampfes. In den Medien wird stattdessen der gewaltsame Charakter des palästinensischen Widerstandes

1 Einen verständlichen Überblick über die Rolle der Gewaltfreiheit in der Geschichte des palästinensischen Widerstandes für nationale Selbstbestimmung bietet Mazim Qumsiyeh, *Popular Resistance in Palestine. A History of Hope and Empowerment*, London 2011.

betont und die Notwendigkeit herausgestellt, konstruktivere Wege zu einer friedlichen Koexistenz mit Israel zu finden. Wie lässt sich eine derart selektive Wahrnehmung erklären? Welche Rolle spielte Gewaltfreiheit tatsächlich während der Ersten Intifada? Und wie ist ihr Erfolg einzuschätzen: Brachte der gewaltfreie Widerstand die Palästinenser ihrem Ziel der nationalen Selbstbestimmung näher?

Gewaltfreiheit und die Palästinensische Intifada

Wenn wir die Rolle des gewaltfreien Widerstandes innerhalb der Intifada untersuchen wollen, müssen wir Raum für kulturelle Eigenheiten lassen und es vermeiden, unsere Vorstellungen davon, wie gewaltfreie Revolutionen aussehen sollen, zugrunde zu legen. Nicht allein, weil die Intifada vielfach vom Weg der reinen Gewaltfreiheit abwich, sondern auch weil palästinensische Forscher und Aktivisten selbst uneinig darüber sind, ob ihr Kampf mit dem Beiwort »gewaltfrei« richtig beschrieben ist. Die buchstäbliche Übersetzung von Gewaltfreiheit, *la'urf*, hat im Arabischen einen negativen Beiklang von Kapitulation und Passivität. Daher wird sie zumeist durch eine breite Palette geeigneterer Begriffe – wie ziviler Jihad oder Volkswiderstand – ersetzt, die die Eigenart des palästinensischen Aktivismus besser zum Ausdruck bringen. Die Wahl des Begriffs Intifada (Aufstand) selbst bringt – rein linguistisch – Gewaltfreiheit zum Ausdruck, da der Begriff im Arabischen mit der Vorstellung konnotiert ist, eigene Trägheit abzuschütteln.

Quantitative Schätzungen ergaben, dass während der ersten zwei Jahre der Intifada (von Dezember 1987 bis Dezember 1989) die Praktiken des palästinensischen Aufstandes zumindest zu 85% gewaltfrei verliefen.² Sie waren über alle drei Kategorien gewaltfreier Aktionen nach Gene Sharp verteilt: 1. Akte des Protests und der Überzeugung, 2. Nichtzusammenarbeit und 3. gewaltfreie Intervention.³

Die regelmäßigen Demonstrationen und Märsche, die weltweit zum Symbol für die Intifada wurden, waren für die Palästinenser Ausdruck ihrer Identität und zugleich ein Weg, sich zu versammeln und Solidarität mit der Intifada zu bezeugen. Außerdem spielten symbolische Akte öffentlichen Widerstands eine zentrale Rolle im Widerstandskampf. Dazu zählten die Organisation von symbolischen Beerdigungen, das Hissen der palästinensischen Flagge, Porträts und Graffiti auf Straßenwänden, das Tragen der Kufiya, einer traditionellen Kopfbedeckung, sowie die Umstellung auf palästinensische Zeitrechnung, nach der die Sommer- bzw. Winterzeit eine Woche eher als in Israel beginnt.

2 Robert B. Ashmore, »Nonviolence as an intifada strategy«, *American-Arab Affairs*, Vol. 32, 1990, S. 92; Gene Sharp, »The intifada and nonviolent struggle«, *Journal of Palestine Studies*, Vol. 18, No. 3, 1989, S. 2–13. Diese Statistiken beziehen sich nicht auf die tatsächliche Praxis, sondern beruhen auf einer Analyse aller Kommuniqués, die das Zentralkommando der Intifada im Zeitraum von 1987 bis 1989 veröffentlicht hat.

3 Gene Sharp, *The Politics of Nonviolent Action*, Boston 1973.

Zu widerhandlungen, auf die Gefängnisstrafen standen, solche »Taten des Halbwiderstandes«, waren Zeichen des Widerstandes und der Hingabe an die Sache.

Die konfrontativeren Methoden des zivilen Ungehorsams aus Sharps zweiter Gruppe gewaltfreier Methoden (Nichtzusammenarbeit) wurden ebenfalls von Tausenden von Palästinensern praktiziert: Sie boykottierten israelische Waren, weigerten sich, für israelische Firmen und die israelische Verwaltung zu arbeiten, und hielten Steuern zurück, indem sie ihre Autos nicht anmeldeten, ihre Fahrerlaubnis nicht erneuerten oder Bußgelder nicht bezahlten. Einmal wöchentlich wurde ein Generalstreik einberufen, zu dem jegliche Aktivitäten, vom öffentlichen Verkehr bis zur zivilen Verwaltung, eingestellt werden mussten. Von allen Palästinensern wurde erwartet, dass sie entweder zu Hause blieben oder sich an Märschen und Demonstrationen beteiligten. All das war Teil des Kampfes um die Hoheit über das soziale Leben, der darauf abzielte, Israel die Kontrolle über palästinensische Aktivitäten zu bestreiten.

Zu Sharps dritter Gruppe gewaltfreier Methoden: Die Widerstandsbewegung zielte einerseits darauf ab, die Besatzer davon abzuhalten, ihre Funktionen auszuüben (durch Versuche, Bulldozer zu stoppen, Zugangsstraßen zu Siedlungen zu blockieren oder die Bewegung von Ausrüstung und Kommunikation abzuschneiden), während andererseits, um die Abhängigkeit vom bestehenden israelischen Regime zu reduzieren, eine alternative und unabhängige ökonomische, soziale, pädagogische sowie zivile Infrastruktur aufgebaut wurde. In der Tat entwickelten die Palästinenser von Beginn des Aufstandes an ein hochentwickeltes Netz alternativer lokaler Strukturen, in denen Vertreter verschiedener politischer Fraktionen zusammenarbeiteten: Es wurden Volkskomitees, die die täglichen Bedürfnisse der Menschen abdeckten (medizinische Hilfe, die Verteilung von Lebensmitteln, Kampftruppen, Landwirtschaft, Händler, öffentliche Sicherheit, Bildung und Erziehung, Informationen, Gerechtigkeit, Solidarität mit Familien von Märtyrern und Gefangenen) und sektorale Ausschüsse (Frauen, Studenten, Arbeiter, Lehrer) gebildet. Palästinenser wurden dazu angehalten, ihre Unabhängigkeit im ökonomischen Sektor durch die Förderung eigener Produkte, den Aufbau einer indigenen Landwirtschaft und Industrie sowie selbstauferlegter Sparsamkeit zu erhöhen.

Jedoch sind auch diejenigen Elemente des Kampfes zu würdigen, die - mehr oder weniger umstritten - als gewaltsam klassifiziert werden können. Dies beginnt mit der höchst ambivalenten Praxis des Steinwerfens, einer der wichtigsten Aktionsformen der Intifada, die zu ihrem Sinnbild werden sollte. Sie wurde vor allem auf Demonstrationen praktiziert und wird von den Palästinensern sowohl als bewusste Zurückhaltung im Einsatz massiverer Gewalt verstanden als auch als Symbol des Widerstandes und der Ablehnung der Besatzung. Wiewohl potentiell gefährlich (tatsächlich wurden einige Soldaten und Siedler durch Steinwürfe verletzt), stellte der Steinwurf im Vergleich zu den Schüssen und Schlägen, mit denen die israelische Armee auf jugendliche Provokationen reagierte, eine milde Form des Angriffs dar; in der Tat waren hohe

Opferzahlen auf palästinensischer Seite beinahe garantiert. Andere Aktionen der Intifada waren unbestreitbar gewaltsam, wie etwa der sporadische Einsatz von Molotow-Cocktails oder die Bestrafung von Kollaborateuren. Im Zuge der Intensivierung der Repression nach 1990 fielen viele der strategisch oder moralisch auf Gewaltfreiheit verpflichteten Führer Inhaftierungen, Folter, Tod und Abschiebungen zum Opfer. Gleichzeitig begannen einige militante Gruppen (zum Beispiel der Islamische Jihad und die Hamas) zu gewaltsamen Aktionen aufzurufen und mehrere Angriffe auf Israel auszuführen. Doch war im Großen und Ganzen nicht bemerkenswert, dass es zu gewaltsamen Vorfällen kam, sondern wie selten dies geschah und dass diese gewalttätigen Zwischenfälle weitestgehend außerhalb der Strukturen und Strategien des Widerstandes zu verorten waren. Sie sollten daher – im Gegensatz zum geplanten und organisierten Charakter aller oben angeführten Taktiken des unbewaffneten Widerstandes – als spontane Ausbrüche des Zorns behandelt werden.

Der verbleibende Teil des Essays widmet sich den Errungenschaften der Intifada. Untersucht werden soll, welchen Einfluss sie auf die Konfliktparteien (die palästinensische Gemeinschaft unter Besatzung sowie die israelische Regierung und Öffentlichkeit) und die Völkergemeinschaft hatte.

Palästinensische Selbstermächtigung

Während der 70er und 80er Jahre des 20. Jahrhunderts traten zahlreiche wohltätige Organisationen, Berufsverbände und Kulturbünde in der West Bank und im Gazastreifen in Erscheinung. Sie mobilisierten ganze Bereiche der palästinensischen Gesellschaft und trugen dazu bei, die Werte der Solidarität über traditionelle soziale Schichten und Klassenzugehörigkeiten hinaus zu kultivieren. Dieser Prozess der Selbstermächtigung (»self-empowerment«) sowie der zunehmende Druck der israelischen Besatzung waren entscheidende Faktoren, die die Intifada ermöglichten. Der Ausbruch der Intifada führte bald zur Gründung einer zentralen Mehr-Parteien-Führung (Vereinte Nationale Führung der Intifada), die den Widerstand koordinierte und die – wie oben beschrieben – mit dezentralen Strukturen auf allen Ebenen der Gesellschaft koexistierte. Freilich kristallisierte sich keine klare Führerfigur heraus, auch wenn von einigen Analysten die strategische Rolle, die eine kleine Gruppe palästinensischer Intellektueller in der Vorbereitung und Inspiration des gewaltfreien Kampfes spielte, hervorgehoben wird.⁴

Der Akt des Widerstandes selbst veränderte die Aktivsten, indem er ihnen das individuelle Gefühl wiedergewonnenen Stolzes, von Würde und Identität vermittelte. Auf kollektiver Ebene ermöglichte die Beteiligung der Bevölkerung an Demonstrationen und Aktionen des zivilen Ungehorsams den Übergang der Macht von einer Minderheit an Militanten und Guerillas auf das palästinensische Volk.

4 Siehe Mary Elisabeth King, *A Quiet Revolution. The First Palestinian Intifada and Non-violent Resistance*, New York, NY 2007.

sische Volk als Ganzes. Sie erhöhte auch den Zusammenhalt der Bewegung, indem Verbindungen über Fraktionen, Altersgruppen und soziale wie geographische Trennlinien hinaus geschaffen wurden. Allerdings traten im Gefolge der harten Repressionen und der Eskalation der Gewalt nach 1990 einige der herkömmlichen sozialen und politischen Spaltungen wieder in Erscheinung.

Einfluss auf den israelischen Staat und die Öffentlichkeit

Der Intifada gelang es, bestimmte Kosten für Israel so sehr in die Höhe zu treiben, dass Israel gezwungen war, anzuerkennen, dass die Besetzung der West Bank nicht länger profitabel und vertretbar war. Die palästinensische Strategie, die West Bank und den Gazastreifen aus der ökonomischen Abhängigkeit von den Besatzern zu befreien, hatte negative Auswirkungen auf die israelische Ökonomie. So führte der Boykott israelischer Waren und Steuern zu empfindlichen Verlusten für israelische Unternehmen und an Steuereinnahmen. Zudem gefährdeten die massiven repressiven Maßnahmen, die die Besatzungskräfte in Reaktion auf den Aufstand verhängten, den Status quo, da sie die Moral der Armee untergruben und die öffentliche Sympathie für die Palästinenser erhöhten.

Auch versuchten die Palästinenser mit der Unabhängigkeitserklärung von 1988, die, indem sie die Errichtung eines separaten palästinensischen Staates in der West Bank und im Gazastreifen proklamierte, Israels Existenzrecht unmissverständlich anerkannte, ihre Gegner für die eigene Sache zu gewinnen. Die Aktivisten demonstrierten ihre kooperative Haltung durch symbolische Gesten (etwa indem sie in der einen Hand die palästinensische Flagge und in der anderen Olivenzweige trugen) oder durch die Verteilung von Flugblättern, die ihre Bereitschaft erklärten, eher zu verhandeln als Israels Vernichtung anzustreben. Infolgedessen bildete sich in einigen Bereichen der israelischen Öffentlichkeit eine aktive Friedensbewegung. So sah sich die israelische Regierung gezwungen, Kompromissstrategien zu ergreifen, für die der Osloer Friedensprozess und der Israelisch-Jordanische Friedensvertrag von 1994, der das palästinensische Recht auf Staatsgründung anerkannte, prominente Beispiele sind.

Allerdings gelang es den Palästinensern letzten Endes nicht, die Kosten der andauernden Besetzung auf ein Niveau zu heben, das hinreichend gewesen wäre, die Besatzer zum Rückzug zu zwingen. Israel wollte die West Bank und den Gazastreifen unbedingt halten und war bereit, einen außergewöhnlich hohen Preis für die Aufrechterhaltung seiner Herrschaft zu zahlen. Ein wichtiges Element dieser Gleichung ist, dass »Israel das *Land* Palästina beherrschen will, jedoch die Bevölkerung nicht will.«⁵ Daher war die Regierung bereit, die Nichtzusammenarbeit und den Widerstand der Intifada hinzunehmen, während sie die Repression gegen das palästinensische Volk erhöhte, da sie der Kooperation zur Aufrechterhaltung der Besetzung nicht bedurfte.

5 Andrew Rigby, *Living the Intifada*, London 1991, S.196.

Zudem sanken die ökonomischen Kosten der Intifada nachdem der israelische Markt Wege gefunden hatte, seine Abhängigkeit von palästinensischen Arbeitskräften und vom regulierten palästinensischen Absatzmarkt für eigene Produkte zu minimieren.

Schließlich begünstigte die wahllose und vorsätzliche Gewaltanwendung der israelischen Armee und Polizei eine Situation wechselseitigen Hasses und Misstrauens. Die (begrenzte) Zuflucht palästinensischer Kämpfer zu gewaltsamen Taktiken verstärkte die Bunkermentalität der israelischen Öffentlichkeit. Infolgedessen scheiterte der Aufstand damit, hinreichend viele Besatzungskräfte zum Überlaufen zu bewegen und dadurch die Regierung zu zwingen, ihre Besatzungspolitik radikal zu überdenken: Die Zahl soldatischer Überläufer und Dissidenten blieb gering.

Auswirkungen auf die internationale Gesellschaft

Eine Reihe positiver Entwicklungen auf der internationalen Szene kann dem Einsatz gewaltfreien Widerstand in den besetzten Gebieten zugute geschrieben werden. Auf regionaler Ebene sorgte die Intifada dafür, dass sich die Aufmerksamkeit der arabischen Gesellschaft erneut auf den israelisch-palästinensischen Konflikt konzentrierte. Sie zwang Jordanien, seine nominelle Verwaltungshoheit über die West Bank aufzugeben und palästinensische Selbstbestimmung aktiv zu befürworten. Auf internationaler Ebene wurde Israels brutale Vergeltung (besonders von den Vereinten Nationen) scharf verurteilt. Sie führte zu einer zunehmenden moralischen und politischen Isolation Israels im Ausland. Gleichzeitig wurde Palästinas Recht auf einen eigenen Staat weitgehend befürwortet: Die palästinensische Unabhängigkeitserklärung vom November 1988 hatten im März 1989 bereits 169 Staaten anerkannt, während der Staat Israel, 1948 gegründet, bis dato nur von 80 Staaten formell anerkannt wurde. Auch begannen informierte Bürger im Ausland zur Unterstützung Palästinas aufzurufen. In besonderem Maße galt dies für die westlichen Friedensbewegungen, in denen die palästinensische Frage lange als Tabu galt. Doch jenseits solcher Deklarationen und Solidaritätsgesten empfanden die Palästinenser in der Reaktion der Welt auf ihre Notlage einen Mangel an Ergebnissen und fühlbarer Unterstützung. Wirkliche Sanktionen gegen Israel wurden nicht beschlossen und eine bedeutsame Mobilisierung der Basis zugunsten von Palästinas gewaltfreier Widerstandsbewegung blieb aus – ganz im Gegensatz zu den zahlreichen grenzübergreifenden Initiativen, die nach dem Ausbruch der Zweiten Intifada 2000 entstanden.

Fazit

Welche Lehren lassen sich aus den Erfahrungen der Ersten Intifada im Hinblick auf die Wirksamkeit des gewaltfreien Widerstandes ziehen? Wiewohl es den Palästinensern gelang, eine einheitliche Botschaft entschiedenen Widerstandes gegen die Besatzung zu senden und die Anerkennung Israels und seiner

Nachbarländer als echte Nation mit legitimen Rechten zu gewinnen, scheiterte der Versuch, ihr höchstes Ziel zu erreichen, die nationale Selbstbestimmung. In der gemischt ausfallenden Bilanz müssen drei strategische Hauptfehler aufgeführt werden: Erstens ließ der wachsende Einsatz tödlicher Gewalt die israelische Öffentlichkeit an der Bereitschaft der Palästinenser zur friedlichen Koexistenz zweifeln. Er brachte die israelische Zivilgesellschaft davon ab, Druck auf ihre Regierung auszuüben, um sie zu einer vermittelnderen Politik zu bewegen. Zweitens hätte die gravierende Machtasymmetrie zwischen den Parteien und die nur begrenzte Angewiesenheit der israelischen Regierung auf palästinensische Fügsamkeit und Kooperation durch ein stärkeres Eingreifen der internationalen Verbündeten kompensiert werden sollen, also durch das, was die Forschung über soziale Bewegungen den »Bumerangeffekt« nennt. Schließlich hätten drittens die Führer der Intifada innerhalb der ersten zwei Jahre des Aufstandes, als gewaltfreie Disziplin und Motivation auf dem Höhepunkt waren, interfraktionelle Verhandlungen mit Israel fordern sollen. Stattdessen kam es zu ersten geheimen Verhandlungen erst in der Phase des Niedergangs, als viele der populären Führungsgestalten bereits im Gefängnis saßen. Der alten Führung im Exil, die dann wieder das Sagen hatte, gelang es nicht, den politischen Druck des gewaltfreien Widerstands zum Vorteil einer fairen politischen Lösung einzusetzen.

Die folgenden Jahre waren überwiegend durch einen wiederkehrenden Zirkel misslungener Verhandlungen und bewaffneter Eskalationen charakterisiert. Die Zweite Intifada forderte eine ungleich höhere Zahl an Verlusten auf beiden Seiten, was zu einer intensiven innerpalästinensischen Debatte unter Politikern und Intellektuellen über die Effektivität des bewaffneten und unbewaffneten Widerstandes geführt hat. Verschiedene prominente, lokale Volkskämpfe gegen die Landnahme entlang der »Sperranlage« sowie die jüngsten Erfolge des massiven Hungerstreiks der Gefangenen im Frühjahr 2012 haben die palästinensische Führung nach und nach gezwungen, die strategische Überlegenheit gewaltfreier Methoden einzuräumen. Die regierende Partei in der West Bank, Fatah, hat den Volkswiderstand 2009 in ihrer Generalversammlung offiziell zu einem ihrer grundlegenden politischen Instrumente erklärt, während das jüngste Kairoer Versöhnungsabkommen mit ihrem politischen Rivalen Hamas letztere dazu veranlasst hat, sich geschlossen hinter die Forderung nach einem gemeinsamen unbewaffneten Kampf für nationale Selbstbestimmung zu stellen. Man kann nur hoffen, dass die palästinensische Führung eine ernsthafte Analyse der Ersten Intifada, ihrer Erfolge und ihrer Schwächen, vornehmen wird und dadurch in die Lage gesetzt würde, den unbewaffneten Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit wirksamer zu führen.

Aus dem Englischen von Hendrikje Schauer

Nonviolent Resistance. Tagungsbericht

Unter dem Titel »Nonviolent Resistance in History, Theory, and Practice« fand am 3. und 4. Februar 2012 die sechste Veranstaltung der *Berliner Colloquien zur Zeitgeschichte* statt. Eingeladen waren Aktivisten, Historiker und Sozialwissenschaftler aus dem Nahen Osten, Osteuropa, den USA, der ehemaligen DDR und der Bundesrepublik, um über ihre praktischen Erfahrungen und theoretischen Einsichten zu diskutieren: Wie funktioniert gewaltfreier Widerstand? Warum führt er in einigen Fällen zu friedlichen Veränderungen und unblutigem Regimewechsel und in anderen zu Repression oder Bürgerkrieg?

Durch den Arabischen Frühling erfahren diese Fragen gegenwärtig neue Aufmerksamkeit. Und tatsächlich bot der erste Jahrestag der tunesischen »Jasminrevolution« den Rahmen für die zweitägige Diskussionsveranstaltung. Doch auch die »farbigen Revolutionen« in den postsowjetischen Staaten haben gezeigt, dass die Prämissen und Erfolgsbedingungen gewaltfreien Protests genauere Betrachtung verdienen. Die stärker sozial ausgerichteten »Occupy«-Gruppierungen wiederum lenken aktuell den Blick auf die mögliche Bandbreite an Motiven für gewaltabstinente Praktiken des Widerstands.

In der Diskussion stand hingegen die Frage nach den Gemeinsamkeiten der Proteste im Vordergrund. Dabei war von großem Interesse, ob und wie die verschiedenen und vielfach regional gebundenen Demokratiebewegungen voneinander lernen können. Über theoretische Ansätze und historische Vorbilder – von Henry David Thoreau über Mahatma Gandhi bis hin zu Gene Sharp – wurde ebenfalls gesprochen. Wichtiger erwies sich jedoch die Beschäftigung mit den Voraussetzungen effektiver Aktionen. Einigkeit bestand in der Beobachtung, dass gewaltfreier Widerstand ohne die – auch stillschweigende – Duldung des Militärs und Polizeiapparates nicht denkbar ist.

Das Konzept des Colloquiums wurde von Mischa Gabowitsch entwickelt. Die Tagung war in vier Sektionen unterteilt: *Reports from the Ground – Long-term Effects – Nonviolence in Historical Perspective – Lessons Learned*. Véronique Dudouet, Andriy Portnov, Christian Davenport und David Rodin eröffneten die jeweils zweistündigen Diskussionsrunden mit knappen Impulsreferaten. Elena Demke hielt ein Referat über die Ikonografie gewaltfreien Widerstands. Außerdem wurde der Film von Ruaridh Arrow, »How to Start a Revolution« (2011), über Gene Sharp gezeigt.

Die Breite der Diskussion wird auch in dieser Beilage sichtbar: Véronique Dudouet, Ramin Jahanbegloo und Mischa Gabowitsch sind unserer Bitte nachgekommen, die erste palästinensische Intifada, die Grüne Bewegung im Iran und die russische »Schneerevolution« kritisch zu hinterfragen.

Der Einladung des Convenors Mischa Gabowitsch, Einstein Forum Potsdam, sind gefolgt: Howard Clark, *War Resisters' International*, Madrid; Christian Davenport, *University of Notre Dame*; Elena Demke, *Behörde des Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR*, Berlin; Véronique Dudouet, *Berghof Foundation*, Berlin; Sameh Fawzy, *Dialog*

Forum/Bibliotheca Alexandrina, Kairo; Bernd Greiner, Hamburger Institut für Sozialforschung; Alexander von Hahn, Zenith, Berlin; Wolfgang Hertle, Hamburger Institut für Sozialforschung; Ramin Jahanbegloo, University of Toronto; Ahmed Jebari, General Trade Union for Secondary Education, Tunis; Christoph König, Freie Universität Berlin; V.K. Kool, State University of New York, Institute of Technology; Dmitri Makarov, International Youth Human Rights Movement, Woronesch; Kate McGuinness, Peace Direct e.V., Berlin; Katja Muñoz, Institute for Peace Research and Security Policy, Berlin; Susan Neiman, Einstein Forum Potsdam; Andriy Portnov, historians.in.ua, Kiew; Jan Philipp Reemtsma, Hamburger Institut für Sozialforschung; David Rodin, University of Oxford; Julika Rosenstock, Berlin; Cheney Ryan, University of Oxford/University of Oregon, sowie weitere Mitarbeiter des Einstein Forums Potsdam und des Hamburger Instituts für Sozialforschung.

Bettina Greiner

Hamburger
Institut für
Sozialforschung

EINSTEIN
FORUM

Redaktion: Martin Bauer, Mittelweg 36, 20148 Hamburg,
Tel. 040/41 40 97-16 und 41 40 97-32, Fax 040/41 40 97-11, www.mittelweg36.de
Gestaltung: Hans Andree, Max Andree, Wilfried Gandras